

# URBANE GERECHTIGKEIT

Vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen nach Europa stellen sich bereits länger virulente Fragen mit neuer Schärfe, etwa jene nach der Verteilung und der Verwendung nicht nur räumlicher Ressourcen. Ein Gespräch mit der Architektin Gabu Heindl über Leerstand, die gesellschaftspolitischen Implikationen des Begriffs „Barrierefreiheit“ und Partizipation als Ablenkungsstrategie.



Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Gabu Heindl (GH)

Photo: Alejandra Loreto

Stetiger Zuzug, hoher Anteil an BewohnerInnen mit migrantischem Hintergrund, verstärkte kulturelle Nutzung aufgelassener Handwerks- und Gewerbebetriebe, erheblicher Leerstand sowie steigende Immobilienpreise und Mieten charakterisieren den ehemals klassischen Arbeiterwohn- und Industriebezirk Ottakring. Er gehört zu jenen Orten in Wien, an denen sich zentrale Mechanismen der Veränderung der Stadt während der letzten zwei Jahrzehnte besonders gut beobachten lassen. Ottakring gilt als exemplarischer Schauplatz der in den 1970er-Jahren in Wien einsetzenden „Sanften Stadterneuerung“, die private Renovierungsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln förderte, um die Wohnqualität zu verbessern. Durch diese Aufwertung verloren viele jener MigrantInnen, die in den Jahren davor als sogenannte „GastarbeiterInnen“ nach Wien gekommen und in den Bezirk gezogen waren, ihre billigen Wohnmöglichkeiten, während die lang ansässige ArbeiterInnenschaft zunehmend in die Umgebung von Wien auswich. Heute gilt Ottakring als nicht unumstrittenes Musterbeispiel der „sanften Gentrifizierung“.



Als Architektin, die ihre eigene Disziplin nicht als bloße Dienstleistung, sondern dezidiert als gesellschaftskritische Aktivität betrachtet, beschäftigt sich Gabu Heindl in ihren Architektur- und Forschungsprojekten intensiv mit den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen sowie mit deren Auswirkungen auf Architektur und Städtebau. Aktuell engagiert sich Heindl bei der Plattform „Raum4Refugees“, die kostenlose Planungs- und Beratungsleistungen für Gemeinden und Vereine anbietet,

die Menschen auf der Flucht unterbringen und betreuen möchten.

<http://raum4refugees.at>

Außerdem ist sie als Architektin in das Umbauprojekt „Transversales Stadthaus“ in Ottakring involviert, das nach solidarischen, inklusiven und emanzipatorischen Prinzipien entwickelt wird und an dem auch nach Wien geflüchtete Menschen beteiligt sind.

Wohnraum soll nicht nur als minimale Quadratmeterbeschaffung am Stadt- oder Gemeinderand, sondern als baukulturelle und gesellschaftspolitische Aufgabe erkannt und behandelt werden.

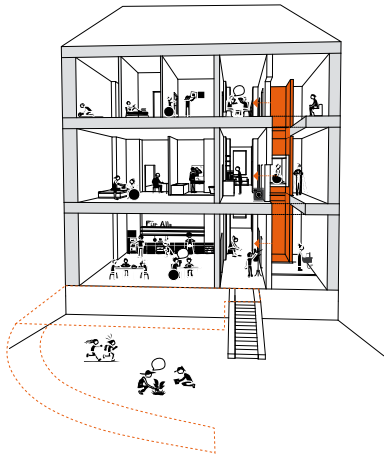
CM: Bei der Initiative „Raum4Refugees“ gehörst du zu den aktuell 41 ExpertInnen, die sich bereit erklärt haben, ihre Kompetenzen einzubringen. Was genau machst du im Rahmen dieser Plattform?

GH: Die Initiative ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss zwischen RaumplanerInnen, ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen, die über Erfahrung in partizipativen Prozessen und kooperativen Projektentwicklungen verfügen. Das ist im Zusammenhang mit der Frage, wie leistbarer Wohnraum für Refugees geschaffen werden soll, wichtig. Wohnraum soll nicht nur als minimale Quadratmeterbeschaffung am Stadt- oder Gemeinderand, sondern als baukulturelle und gesellschaftspolitische Aufgabe erkannt und behandelt werden. Dieser Zusammenschluss ist eine Eigeninitiative, die im Kontext einer Lehrveranstaltung namens „Ethik in der Raumplanung“ gestartet wurde, in deren Rahmen ich seit zwei Jahren als Architektin Vorträge halte. Hier entstehen Verbindungen zwischen Raumplanung, Architektur und Städtebau. Wir haben uns gefragt, ob wir als ArchitektInnen und RaumplanerInnen selbst auf Bahnhöfe oder in Notunterkünfte gehen sollen, um dort beispielsweise zu kochen, oder ob es Möglichkeiten gibt, mit unseren beruflichen Erfahrungen zu helfen und diese konkret anzubieten, sei es in Form von Beratung oder initiativer Projektförderung. Wir wollten dort unterstützen, wo gerade am Anfang fachliche Hilfe benötigt wird.

CM: Könntest du ein konkretes Beispiel für diese Art der „Hilfestellung“, die ihr anbietet und leistet, nennen?

GH: Ich war als Vertreterin von „Raum4 Refugees“ beim ersten BürgermeisterInnentreffen in Wieselburg, das im Jänner 2016 vom Gemeindebund und vom Forum Alpbach gemeinsam mit „Österreich hilft“ initiiert wurde. Hier trafen sich achtzig bis hundert BürgermeisterInnen zum Austausch. Ich wurde gebeten, Input zum Thema Leerstand zu geben, genauer zum Potenzial von leer stehenden Bauten, die nicht genutzt werden und als Wohnraum für Geflüchtete umgestaltet werden könnten. Von solchen Gebäuden gibt es in Österreich so viele, dass alle Menschen, die hier Schutz vor Kriegen suchen, Wohnraum finden könnten. Mein Ziel war, darzustellen, dass es nicht darum gehen sollte, in der Not panisch, schnell und billig Wohnbau am Rand von Gemeinden zu fabrizieren, sondern darum, die Situation als Chance zur doppelten Integration zu erkennen: sowohl für die Integration von Neuzuziehenden als auch für die Stärkung der Ortskerne und für die gerechte Nutzung von vorhandenem Baubestand.

Ich habe betont, dass die aktuelle Situation im Kontext der allgemeinen Wohnbaupolitik und diese wiederum in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen ist. Im Rahmen von Workshops konnten sich die BürgermeisterInnen dann erkundigen, wie man so etwas angeht. Das ist eine komplexe Frage, die auch für uns StädteplanerInnen schwierig zu beantworten ist. Natürlich erkennen viele Menschen, dass beispielsweise die Aktivierung des Leerstands wichtig ist. Neben der planerischen und der Motivationsaufgabe tut sich hier aber noch eine politische Aufgabe auf, weil man niemanden zwingen kann, Leerstand als Wohnraum für Wohnungssuchende oder Obdachlose anzubieten. Leerstand steht nicht nur in der Gegend herum, sondern verursacht der Gesellschaft Kosten, weil die gesamte Infrastruktur rundherum von der öffentlichen Hand erhalten wird. Ich glaube, dass ArchitektInnen,



Leerstand steht nicht nur in der Gegend herum, sondern verursacht der Gesellschaft Kosten, weil die gesamte Infrastruktur rundherum von der öffentlichen Hand erhalten wird.

StädtebauerInnen und RaumplanerInnen die Aufgabe haben, die Beziehung zwischen Leerstand und Wohnungsnot aufzudecken, zu zeigen, wie man Leerstand nutzen kann, und zugleich eine politische Forderung im Sinne urbaner Gerechtigkeit zu formulieren – ohne dabei Refugees und länger ansässige arme Menschen gegeneinander auszuspielen.

CM: Ich habe den Eindruck, dass es vor allem VertreterInnen der „weißen Mittelschicht“ sind, die sich bei „Raum4Refugees“ engagieren. Das meine ich nicht wertend, sondern lediglich als Faktum. Wenn wir nun über die Stadt sprechen, die auch bei „Orte für Menschen“ eine zentrale Rolle spielt, frage ich mich, ob das so vielschichtige Phänomen „Stadt“ tatsächlich nur „ExpertInnen“ überlassen werden darf.

GH: Die Gruppe erweitert sich ständig und ist offen für neue Mitglieder, unabhängig von deren Herkunft. Wir haben als ExpertInnen nicht den Anspruch, ganze Städte zu bauen. Als Expertin kann ich mich einbringen, wenn es eine gezielte Anfrage gibt, die sich mit der Schaffung von Wohnraum, den rechtlichen Vorgaben, der Verknüpfung mit der Bundesunterstützung für Geflüchtete, der Berechnung der Sanierungskosten und der Mietkosten auseinandersetzt. Das heißt aber nicht, dass ich damit schon die Stadt baue.

In diesem Zusammenhang ist unser Projekt in der Grundsteingasse, das „Transversale Stadthaus“, interessant. Hier liegt die Emanzipation aufseiten derer, die gemeinsam ein Haus bauen. Dabei wird auch die Rolle der Architektin hinterfragt. Man muss diese Rolle nicht negieren – quasi als ob es ein Makel wäre, dass jemand über Expertise verfügt –, aber man kann kritisch mit ihr umgehen, damit das Ganze nicht paternalistisch auf die Verteilung von Labels à la „Du bist Flüchtling, ich bin Architektin“ hinausläuft.

CM: Zur Klärung: Die Plattform richtet sich nicht an Privatpersonen, sondern an Institutionen und Gemeinden, die etwas im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen unternehmen möchten?

GH: Es ist nicht so, dass die BürgermeisterInnen uns die Tür einrennen, aber durch die Plattform machen Menschen aus verschiedenen Disziplinen – und hoffentlich bald noch mehr aus sozial und ethnisch diverseren Gruppen – das Thema offensiv zu ihrer Agenda. Es kann nicht darum gehen, dass die Zivilgesellschaft dauerhaft und selbstausbeuterisch gewährleistet, was eigentlich Aufgabe des Staates wäre. Genauso wie ich nicht dafür bin, dass in Notunterkünften monatelang auf Selbstausbeutungsbasis gekocht wird, bin ich auch dagegen, dass Planungsleistungen nichts mehr wert sein sollen. Allerdings glaube ich, dass aus der Kombination von zivilgesellschaftlicher Initiative und der Bereitstellung von Services eine Agendasetzung erfolgt. Die Grundfragestellung lautet: Wie gelingt es, in neoliberalen Zeiten tatsächlich auf dem Anspruch auf leistbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum für alle zu beharren? Durch die Wohnungsnot der Geflüchteten sieht man, wie schnell es zu einem Downgrading kommt. Jetzt sprechen wir einerseits von Zelten und Containern, andererseits über Techniken, um mit einem Minimum an Wohnraum auszukommen. Die Massenfluchtsituation ist ein Weckruf, der sagt, dass wir grundsätzlich eine andere Politik brauchen, die die Rechte verschiedener Gruppen von Armen in der Gesellschaft wahrnimmt.

CM: Bei den BürgermeisterInnen habe ich den Eindruck, dass sie im Grunde recht kooperativ und engagiert sind, auch wenn es bekanntlich viele Gemeinden in Österreich gibt, die noch gar keine Flüchtlinge aufgenommen haben.

GH: Es gibt viel Engagement, aber auch viel Zögern. Vieles passiert nur langsam – einiges dafür viel zu schnell. Es gibt längst eine Industrie, die Rezepte parat hat, um Neubauten auf niedrigem Niveau zu errichten. Das Problem ist, dass diejenigen, die eine differenzierte

Herangehensweise verfolgen, über weniger Sichtbarkeit verfügen. Der Neubau von besseren Containern ist sichtbar und als Lösung schnell am Tisch. Anstatt sich anzusehen, wie man komplexere Formationen ins Spiel bringen könnte, wird das Neu-Bauen oft als Lösung angesehen.

CM: Es gibt mittlerweile allerdings schon einige Konzepte, die nicht nur die Flüchtenden berücksichtigen, sondern explizit auch jene Menschen, die bereits vor Ort wohnen oder selbst Wohnungen suchen. Die Vorarlberger Initiative „Transfer Wohnraum“ der Architekten Postner und Duelli beschäftigt sich z. B. mit ungenutzten Grundstücken der katholischen Kirche, auf denen sie Wohnhäuser für die Menschen aus der Umgebung errichten.



GH: Hier handelt es sich aber nicht um Gebäudeerstand, sondern um Baugrund.

CM: Ja, das stimmt natürlich. Bei diesem Projekt geht es um eine Hausgemeinschaft. Mich interessieren die Zusammensetzung dieser Hausgemeinschaft sowie das Modell der Verteilung von Lasten und Vorteil, Kosten und Nutzen. Der Begriff „Hausgemeinschaft“ stammt ja vom griechischen „oikos“, aus dem sich wiederum das Wort „Ökonomie“ entwickelt hat. Beides hat also ursprünglich sehr viel miteinander zu tun.

Es gibt längst eine Industrie, die Rezepte parat hat, um Neubauten auf niedrigem Niveau zu errichten.

GH: Das Projekt in der Grundsteingasse ist kein Fall von schneller Notversorgung, sondern ein selbstorganisierter Verein namens „Verein für die Barrierefreiheit in der Kunst, im Alltag, im Denken“. Im Gegensatz zu den Baugruppen geht es diesem Verein nicht darum, Geld in das Eigentum von Wohnraum zu investieren, sondern darum, eine alternative Form von Haus- und Vereinsgemeinschaft zu konzipieren und zu leben. Es ist ein intersektionales Stadthaus in doppeltem Sinn: Über den drei Geschossen und Stiegenhäusern gibt es nur eine zentrale Küche, ebenso gibt es keine einzelnen Wohnungen, sondern kollektiv genutzte und private Räume. Die Mitglieder – und das ist die andere, weniger räumliche Bedeutung von Intersektionalität – kommen aus einem teils queeren, teils migrantischen Umfeld. Sie sind nicht besonders wohlhabend, aber solidarisch sozialisiert, es wird gemietet anstatt gekauft. Nach längerer Suche haben sie ein Haus in der Grundsteingasse gefunden, das der Verein mit mir als Architektin gemeinsam konzipieren und großteils selbst umbauen wollte. Dieser Ansatz geht im Kern auf die Siedlerbewegung zurück.

CM: Wie haben sich die unterschiedlichen Personen gefunden?

GH: Diese Leute haben sich über Jahre hinweg mit emanzipatorischen Projekten auseinandergesetzt und selbst in unterschiedlichen Wohngemeinschaften gelebt. Viele der BewohnerInnen sind Menschen, die als antirassistische, queere oder künstlerische AktivistInnen engagiert sind oder in Vereinen für Antidiskriminierung, Genderfragen und Gewaltprävention arbeiten. Insofern sind sie bereits sensibilisierte Menschen, die eine andere Form von Wohnen konzipieren. Sie nennen es selbst auch ein „Umverteilungsprojekt“. Wobei die Umverteilung dynamisch erfolgt: Einmal hat die eine mehr, manchmal der andere, um zur Miete und zu anderen Gemeinschaftskosten beizutragen.

CM: „Mehr“ heißt auch mehr Raum?

GH: Mal bedeutet es mehr Raum, mal mehr Geld – das hängt eben nicht zusammen. Die Leute kommen zum Teil aus experimentellen Wohngemeinschaften, in denen Räume gewechselt wurden. Die Gruppe besteht aus Menschen, die Treppen nutzen, und anderen, die den Lift nehmen. Menschen unterschiedlichen Alters von sechs bis sechzig Jahren mit unterschiedlichen Geschlechteridentitäten und Sprachkenntnissen sowie mit unterschiedlichen Arten legalisierten Aufenthalts. Für den asylberechtigten Modedesigner aus Tadschikistan gibt es ein Atelier, die immer schon in

Wien lebende Beraterin hat ein kollektives Zimmer als Beratungszimmer zur Verfügung, die Kinder teilen den Garten mit den Nachbarskindern.

Wir – meine Mitarbeiterin Lisi Zeininger und ich – haben mithilfe von ÜbersetzerInnen die gemeinsamen Workshops immer in allen Sprachen der Anwesenden geführt. Das hat zwar etwas länger gedauert, aber letztlich waren es unkomplizierte Workshops, weil das gemeinsame Ziel sehr klar war. Diese Übersetzungsmodi sind interessant, weil es meist nicht nur um die Sprache, sondern auch um das Verständnis und um Hinterfragungen geht: Was versteht man überhaupt unter einem intimen Raum? Wie groß muss er sein? Wie groß soll die Küche oder das Wohnzimmer sein? Es geht um Übersetzung im doppelten Sinn.



CM: Wie viele Leute sind daran beteiligt?

GH: Es sind 15 bis zwanzig aktive Vereinsmitglieder quer durch alle Altersgruppen.

CM: Wie fallen dort die Entscheidungen? Wird abgestimmt?

GH: Eher nicht – es geht eher um ein Konsensprinzip. Es wird respektvoll auf jeden und jede geachtet, aber zugleich geht es um pragmatische Entscheidungsfindungen. Nach zwei bis drei Workshops stand die Frage im Mittelpunkt, wie das Budget für Miete und Umbau zusammenkommt. Der Verein trägt nicht umsonst Barrierefreiheit im Namen, und er nimmt den Begriff der Barrierefreiheit in mehrfacher Hinsicht ernst. Obwohl wenig Geld da ist, machen sie das, was sich viele nicht leisten würden, nämlich einen Lift einbauen, damit die Mitglieder, die RollstuhlnutzerInnen sind, auch in die oberen Geschosse gelangen. Das ist teuer, aber sehr nachhaltig. Dafür sind die Fliesen im Badezimmer secondhand gekauft oder geschenkt. Als es darum ging, die Miete plus die Rückzahlung der Kredite aufzuteilen, hat die Gruppe ein Flipchart aufgestellt und unabhängig von der jeweiligen Privatraumgröße gefragt, wer wie viel geben kann. Nach einer halben Stunde war das erledigt. Ein schönes Beispiel solidarischer Ökonomie.



CM: Die Idee einer „Hausgemeinschaft“, die dieses Modell nicht traditionell, sondern progressiv interpretiert, erinnert mich an die „Sargfabrik“ in Wien, die vor zwanzig Jahren neue Wege bei der gemeinschaftlichen Nutzung und in der Finanzierung eines Wohnhauses gegangen ist. Das Projekt in der Grundsteingasse hat natürlich eine andere Agenda, wohl auch weil heute andere Dinge Priorität haben. So werden u. a. Menschen mit Fluchthintergrund dort wohnen. Wie treten aber Geflüchtete überhaupt mit diesem Verein in Kontakt?

GH: Durch unterschiedliche Freundschaftskonstellationen mit den Mitgliedern. Ich glaube nicht, dass dieses Projekt ein Standard hinsichtlich der Masse von benötigten Wohnungen wird. Aber eine Kombination aus Top-down und vergleichbarem Bottom-up wäre interessant: Eine von der öffentlichen Hand stimulierte Initiative, Gemeindebau für neue Wohnformen, aber auch für kollektive Herstellungsformen – also teils Baufirmen, teils NutzerInnen – zu aktivieren, wäre eine Top-down-Maßnahme, die Bottom-up im Bauen auch im großen Stil möglich machen würde. Eine echte Leerstandssteuer für Häuser oder Wohnräume hätte viel Potenzial für kleine Initiativen. Man muss schauen, dass Menschen Zugang erhalten und etwas entwickeln können, das sie sich leisten können.

CM: Die besondere Heterogenität der Gruppe, aber auch das Prinzip und die Art der „Umverteilung“ sind charakteristisch für dieses Projekt.

GH: Neben der solidarischen Ökonomie der Miete zeigt sich auch ein Unterschied beim Honorar. Wir haben uns darauf geeinigt, dass alle am Bau gleich bezahlt werden. Die Architektin hat den gleichen Stundenlohn wie der Handwerker und bekommt dafür garantiert jede Stunde bezahlt.

Man kann Menschen lange damit beschäftigen, sich irgendwie einzubringen, während die letzten Grundstücke verkauft werden.



Das ist mitunter um einiges besser, als wenn man eine Stundenliste mit einem hohen Stundenlohn schreibt, aber de facto pauschal bezahlt wird. Auch wenn das die Architektenkammer nicht gern liest: Im Sinne einer alternativen Ökonomie kann man durchaus hinterfragen, warum die Arbeitsstunden verschiedener Berufe derart unterschiedlichen Wert haben.

CM: Du hast gesagt, dass ihr bewusst auf manches verzichtet, das „üblich“ ist, auch um euch „Unübliches“ leisten zu können. Es gibt ja aktuell im Zusammenhang mit der Unterbringung von geflüchteten Menschen eine verstärkte Diskussion über Standards und Normen. Die Grundsteingasse jedenfalls ist kein Ort, an dem die Norm regiert, sehe ich das richtig?

GH: Ein Lift über drei Geschosse innerhalb einer übergroßen Wohnung ist im geförderten Wohnbau normalerweise unerreichbar. Dafür haben wir in der Grundsteingasse andere Standards sehr leger gehandhabt. Grundsätzlich beschäftigt sich die ArchitektInnenschaft seit Jahren damit, überzogene Verordnungsregeln abzuschaffen. Die Grundsteingasse hat einen selbst auferlegten Standard, der eine klare Prioritätensetzung zeigt: Sie braucht keine Tiefgarage, denn niemand besitzt ein Privatauto, aber in ihrem Selbstverständnis bekennt sie sich zur Barrierefreiheit. Jeder Mensch soll in jeden Bereich des Hauses gelangen können, auch im übertragenen Sinn, es geht darum, Chancengleichheit zu leben und zu fördern. Bei Standards muss man überlegen, was emanzipierende Standards, was gestalterische oder Oberflächenstandards und was Standards im Sinne des Schutzes von Menschenleben sind. Ich selbst würde mich z. B. im Schulbau dafür einsetzen, dass man nicht für den Extremfall eines Großbrands baut, weil man damit so manche spielerische Raumnutzung unmöglich macht. Aber man ist zugleich in einem Dilemma, denn wer übernimmt die Verantwortung, wenn dann einem Kind tatsächlich etwas passiert?

CM: Ein wesentlicher Aspekt der Hausgemeinschaft in der Grundsteingasse ist ihre genossenschaftliche Struktur und ihre gemeinschaftliche Ausrichtung. Ich denke, es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Solidaritätsgedanken, der dahintersteht, und der Zunahme von Standards und Normen in der Gesellschaft, nach dem Motto: Je weniger Solidarität existiert, desto mehr sind Standards und Normen nötig, denn es ist niemand da, der hilft, wenn etwas schiefgeht. Siehst du das ähnlich?

GH: Im Sinne der Gemengelage geht es auch darum, abzuwägen, wie Lebensqualität durch manche Standards eingeschränkt wird. Hinter der Planung steckt immer eine Form von politischer Haltung, die man diskutieren muss. Es gibt keine technisch optimierte, garantiert beste Lösung.

CM: Das Wort „Hausgemeinschaft“ sagt ja schon, dass die Menschen einander kennen und nicht nur nebeneinander wohnen, mit dem Effekt, dass die NachbarInnen einander vielleicht auch helfen, wenn es einmal nötig sein sollte.

GH: Umgekehrt gibt es gibt viele Menschen, die die Großstadt genau für die Anonymität lieben, die sie bietet. In der Grundsteingasse ist es auch nicht notwendig, sich immer mit zwanzig anderen Leuten zu verbinden. Aber die Idee der Solidarität ist in jedem Fall und dennoch erlebbar. Ich finde es wichtig, dass man sich zurückziehen kann, aber auch auf andere – also nicht sozial oder kulturell Ähnliche – trifft. Ich befürchte allerdings, dass wir eine „Verbiedermeierung“ erleben, wenn durch Standarderhöhungen z. B. alle Wohnungen eigene Terrassen bekommen. Dass jeder seinen eigenen Balkon hat, ist wunderbar, aber es fördert auch, dass sich die Leute in ihre eigenen vier Wände zurückziehen. Auch in ihrem Denken, das nicht mehr auf Öffentlichkeit und Unvorhergesehenes hin orientiert ist.

CM: Diese Gefahr besteht in der „Grundsteingasse“ wohl kaum. Eher dass die klassische Kleinfamilie dort keinen Platz findet, weil sie zu wenig „unkonventionell“ ist.

GH: Als ich von der Gender- und Patchworkkonstellation mit RollstuhlnutzerInnen und Asylberechtigten erfahren habe, klang das wie das Klischee der „anderen“ Baugruppe. Eine durchschnittliche Norm im Sinn traditioneller Modellformen von Gemeinschaft ist dort nicht repräsentiert. Es zeigt im besten Sinne, dass wir im Wohnbau die Vorherrschaft der klassischen Kleinfamilie überdenken und neue Formen gemeinsamen Wohnens ermöglichen müssen.

CM: Ich möchte gerne mit dir über den öffentlichen Raum sprechen, der für uns sehr wichtig ist, was sich auch in der Referenz des Projekttitels auf Bernard Rudofskys Buch „Strassen für Menschen“ ausdrückt. In deinem Text „Waschküchen-Urbanismus“ hast du argumentiert, wie wichtig und politisch wirksam der Faktor „Sichtbarkeit“ ist, nicht nur in Bezug auf die hohe Unsichtbarkeit häuslicher und damit bis heute überwiegend weiblicher Arbeit, sondern auch für alle Formen des sozialen Austauschs. Der öffentliche Raum bezieht seine Bedeutung stark aus der Sichtbarkeit, die er besitzt und die er u. a. jenen Konflikten verleiht, die dort passieren bzw. ausgetragen werden.

GH: Im Zusammenhang mit dem öffentlichen Raum bringe ich gerne das Beispiel einer mir nachdrücklich in Erinnerung gebliebenen Demonstration in Traiskirchen im Hochsommer 2015. Als das Lager damals mit bis zu 4.000 Asylsuchenden vollkommen überfüllt war, konnten diese Menschen in jener Demo ihre Stimme im öffentlichen Raum selbst erheben, dadurch wurde der Raum konfliktreich im Sinn einer vielstimmigen Öffentlichkeit. Wenn von den 4.000 Asylsuchenden in der Notunterkunft auch nur vierhundert ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, das wir alle teilen, im öffentlichen Raum in Anspruch nehmen, dann ist das ein wichtiger Moment, der natürlich nicht konfliktfrei ist. Er zeigt, dass der öffentliche Raum genau dafür da ist – und nicht dafür, dass sich alle richtig und still verhalten oder er im Moment von Großevents „spektakulär“ erscheint.

Im Gegensatz dazu ist Partizipation als Planungsinstrument oftmals eine „Appeasement Strategy“, eine Befriedungsform, um die Leute zu „beschäftigen“. Ich bin absolut keine Gegnerin von Teilhabeprozessen, aber in manchen Planungsmaßstäben finde ich, dass sie vom größeren Thema ablenken. Man kann Menschen lange damit beschäftigen, sich irgendwie einzubringen, während die letzten Grundstücke verkauft werden. Außerdem ist bekannt, dass Partizipation oft nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betrifft, weshalb KritikerInnen auch von einer „Reproduktion des Mittelklassegeschmacks“ sprechen. Auch da geht es also um Prioritäten.

Die Massenflucht zeigt uns letztlich, dass es auch im öffentlichen Raum um die Frage der Verteilung geht. Jede Stadt ist gut beraten, darauf zu schauen, dass es sowohl ein Recht auf Stadt als auch ein Recht auf Zentrum gibt. Jeder und jede kann sich im Zentrum der Stadt aufhalten und Orte finden, die für ihn oder sie auch lebbar sind. Eine Stadt soll nicht zu einem einzigen Konsum- und warenförmigen Raum werden.

CM: Du hast ja auch ein Konzept für einen prominenten Bereich des öffentlichen Raums in Wien, nämlich den Donaukanal, entwickelt.

GH: Bei diesem Projekt, das ich gemeinsam mit Susan Kraupp im Auftrag der MA 19 durchgeführt habe, ging es um Gestaltungs- und Entwicklungsleitlinien für den Donaukanal. Wir haben uns gefragt, wie wir zwei Millionen WienerInnen an der Gestaltung teilhaben lassen können. Hier braucht es eine starke Planung, aber auch eine klare politische Haltung. Das Areal sollte nicht noch stärker kommerzialisiert werden, gefragt war eher ein Nichtbebauungsplan. Diese Form von Planung ist eben nicht partizipativ im vorhin angesprochenen Sinn, aber aus meiner Sicht umso demokratischer, weil sie zum Ziel hat, den Raum so freizuhalten, dass möglichst viele AkteurInnen daran teilhaben und hier unvorhergesehene Aktionen stattfinden können. Unter solchen Umständen kann im besten

Fall Solidarität passieren. Es kann aber auch sein, dass sie nicht passiert. Solidarität bleibt kontingent – aber wünschenswert. Die Planung kann nur den Raum dafür schaffen, dass ihre Möglichkeit erhalten bleibt.

#### Über das „Transversale Stadthaus“ im 16. Bezirk

Auf Initiative des Wiener „Vereins für die Barrierefreiheit in der Kunst, im Alltag, im Denken“ wird aktuell ein gründerzeitliches Stadthaus im 16. Bezirk in Wien für die unterschiedlichen Bedürfnisse seiner rund zwanzig Vereinsmitglieder in der Altersgruppe von zehn bis über fünfzig Jahren adaptiert. Die offene und gemischte Hausgemeinschaft umfasst Menschen mit unterschiedlichen Geschlechteridentitäten und Sprachkenntnissen sowie mit unterschiedlichen Arten legalisierten Aufenthalts. Der Planungsprozess, die Finanzierung, der Umbau und die Nutzung werden nach partizipatorischen, emanzipatorischen und solidarischen Prinzipien organisiert mit dem Ziel, Diskriminierung in jeder Form zu verhindern und gute Voraussetzungen für ein ebenso selbstbestimmtes wie gemeinschaftliches Leben zu schaffen. Das in einem Hinterhof mit Garten gelegene Haus weist abgesehen von Privaträumen auch Arbeitsräume, Vereinsräume, Kundenräume, Beratungsräume sowie großzügige Gemeinschaftsräume auf.

#### Über Gabu Heindl

Gabu Heindl (geb. 1973) arbeitet als bauende, forschende und schreibende Architektin in Wien. Ihr 2004 gegründetes Büro für Architektur und Städtebau ist auf öffentliche Kultur- und Sozialbauten, städtebauliche Studien und Planungen sowie Forschungen zu Arbeit, Urbanität und Alltag spezialisiert. Zu ihren bekanntesten Realisierungen gehören (neben Kindergarten- und Schulbauten) die Fassaden-, Foyer- und Bargestellungen des Österreichischen Filmmuseums und des Stadtkinos Wien sowie die temporären Installationen für die Wiener Festwochen. Ihre aktuellen theoretischen Arbeiten setzen sich u. a. mit Phänomenen wie Postfordismus, neoliberaler Stadtentwicklung und gerechtigkeitsorientierten Planungskonzepten auseinander. Gabu Heindl ist Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für Architektur, der Plattform für die unabhängige, kritische Debatte zu Architektur und Stadtplanung.

[www.gabu-wang.at](http://www.gabu-wang.at)

[www.gabuheindl.at](http://www.gabuheindl.at)